

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 18. Dezember 1959

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1959

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Die Lage der Weltwirtschaft

In der westlichen Welt ist die konjunkturelle Lage weiterhin durch starke Auftriebskräfte gekennzeichnet. In den USA hat die Expansion mit der Wiederaufnahme der Arbeit in der Stahlindustrie erneut eingesetzt. In Westeuropa hat sich der konjunkturelle Aufschwung verstärkt und nunmehr alle Länder erfaßt. Unter dem Einfluß gestiegener Nachfrage der Industrieländer hat sich auch die wirtschaftliche Lage der Rohstoffländer etwas gebessert. Die Welthandelsumsätze haben inzwischen wieder den Höchststand von 1957 erreicht.

Wachstum, jedoch keine volle Ausnutzung des
Expansionsspielraums in den USA

Das Wirtschaftsgeschehen der Vereinigten Staaten von Amerika stand im zweiten Halbjahr 1959 im Zeichen heftiger Arbeitsmarktkonflikte. Unter dem Einfluß des Stahlarbeiterstreiks ging das Bruttosozialprodukt im dritten Quartal leicht zurück. In den letzten Monaten dieses Jahres dürfte der hohe Stand der Wirtschaftstätigkeit des Frühsommers trotz der inzwischen erfolgten Arbeitsaufnahme in der Stahlindustrie, wenn überhaupt, dann nur geringfügig überschritten worden sein. Die Ungewißheit darüber, wann und unter welchen Umständen die Arbeitsmarktkonflikte endgültig beigelegt werden, erschwert die Urteilsbildung über die künftige wirtschaftliche Entwicklung. Ein weiteres Wachstum ist zwar durch die gegenwärtig in der amerikani-

sehen Wirtschaft erkennbaren Auftriebskräfte auch in den kommenden Monaten gewährleistet; es würde aber durch erneute Arbeitsniederlegungen wiederum gefährdet werden.

Die Bereitstellung von Gütern und Diensten aus laufender Produktion reichte im dritten Quartal nicht ganz aus, die Nachfrage zu befriedigen, so daß — im Gegensatz zur ersten Jahreshälfte — ein Lagerabbau stattfand, der sich auf die Bereiche der stahlverarbeitenden Industrien konzentrierte. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte veränderten sich im dritten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal nur wenig. Um ihre wachsenden Ausgaben finanzieren zu können, reduzierten die Verbraucher ihre Sparquote nicht unerheblich. Wenn auch die Masseneinkommen auf Grund der Arbeitsaufnahme in der Stahlindustrie wieder zunehmen werden, so ist doch kaum mit einer sehr ausgeprägten Steigerung der Verbrauchsausgaben zu rechnen, da die privaten Haushaltungen wieder einen größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens sparen werden.

Die privaten Anlageinvestitionen haben — vom Wohnungsbau abgesehen — ihren im Herbst vorigen Jahres begonnenen Aufstieg, wenn auch vorübergehend verlangsamte, fortgesetzt. Bei der Verlangsamung dürften in Einzelfällen auch Versorgungsschwierigkeiten eine Rolle gespielt haben. Nach den Ergebnissen der Unternehmerbefragungen will die gewerbliche Wirtschaft ihre Investitionsaufwendungen im Laufe des Jahres 1960 gegenüber dem Vorjahr um 10 vH erhöhen. Ein

verstärkter Anreiz, den Produktionsapparat zu rationalisieren, ist von der Wettbewerbssituation her gegeben, die u. a. durch die verschärfte Konkurrenz der europäischen Industrien gekennzeichnet ist. Dagegen dürften Erweiterungsinvestitionen weniger dringlich sein, da noch erhebliche Kapazitätsreserven vorhanden sind.

Die Wohnbautätigkeit, die bereits im Frühsommer dieses Jahres ihren Höhepunkt überschritten hatte, nahm in der zweiten Jahreshälfte weiter ab. Nach den zuletzt bekanntgewordenen Angaben über die Baubeginne dürfte sich diese Tendenz in den kommenden Monaten verstärken. Die rückläufige Bewegung ist in erster Linie durch die Verknappung und Verteuerung des Hypothekarkredits bedingt. Wenn auch vor mehr als Jahresfrist eine Dämpfung des privaten Wohnungsbaues aus konjunkturpolitischen Überlegungen bewußt angestrebt worden ist, so hat es doch heute den Anschein, als ob hier des Guten zuviel getan wurde und eine neue vorsichtige Belebung angebracht wäre.

Kurzfristig werden die Lagerdispositionen die wichtigste Auftriebskraft im amerikanischen Wirtschaftsgeschehen darstellen. Sobald die von dem Stahlstreik verursachten Sonderbewegungen abgeklungen sind, wird sich der Lageraufbau vermutlich im Rahmen des durch das allgemeine Wirtschaftswachstum bedingten Ausmaßes halten, da Gründe für eine spekulative Lageranreicherung gegenwärtig nicht erkennbar sind.

Die gesamten öffentlichen Ausgaben werden im kommenden Jahr voraussichtlich nur wenig zunehmen. Zwar wird sich die seit Jahren zu beobachtende Tendenz stetigen leichten Anstiegens der Aufwendungen der Staaten und Gemeinden fortsetzen, die Ausgaben des Bundes werden sich jedoch, nicht zuletzt wegen der Bemühungen um einen Haushaltsausgleich, für absehbare Zeit auf dem Vorjahrsniveau halten.

Der Arbeitsmarkt stand in den Vereinigten Staaten ebenfalls unter dem Einfluß des Stahlarbeiterstreiks. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote, die Mitte des Sommers auf knapp 5 vH heruntergegangen war, stieg bis zum Oktober dieses Jahres nach und nach wieder auf 6 vH. Überdies wird das Arbeitsangebot im kommenden Jahr durch die Zunahme des Arbeitskräftepotentials um mindestens eine Million steigen.

Eine sichere Beurteilung der zukünftigen Lohnentwicklung ist vor Abschluß der schwebenden Tarifverhandlungen nicht möglich. Es spricht aber vieles dafür, daß sich die durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne im Jahre 1960 etwa im Rahmen der bei gesamtwirtschaftlicher Expansion zu erwartenden Steigerung der Arbeitsproduktivität halten wird.

Im Außenwirtschaftsbereich zeichnete sich in jüngster Zeit eine Besserung ab. Auf Grund der Belebung der amerikanischen Ausfuhren und der voraussichtlichen Verlangsamung in der Zunahme der Einfuhren ist künftig mit einer leichten Aktivierung der Leistungsbilanz zu rechnen. Trotzdem wird die Zahlungsbilanz infolge der umfangreichen amerikanischen Auslandshilfe auch 1960 noch mit einem hohen Passivsaldo abschließen. Aus diesem Grunde sind die Vereinigten Staaten weiterhin an einem Zufluß von kurzfristigen Aus-

landsgeldern und damit an der Aufrechterhaltung eines internationalen Zinsgefälles interessiert. Die erneute Versteifung am amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt, die durch erhöhte Kreditnachfrage der Wirtschaft im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Stahlproduktion ausgelöst wurde, ist nicht zuletzt unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten von dem Federal Reserve Board zugelassen worden.

Auf Grund der saisonüblichen Massierung der Steuereinnahmen wird der Bundeshaushalt im ersten Halbjahr 1960 mit einem Überschuß abschließen. Hierdurch wird das Schatzamt nicht nur der Notwendigkeit enthoben, sich am Geld- bzw. Kapitalmarkt Mittel zu beschaffen, sondern auch in die Lage versetzt, die öffentliche Schuld zu vermindern. Da die Wirtschaft in Vorbereitung auf die Steuertermine erhebliche liquide Mittel in Bundestiteln angelegt hat, dürfte der Liquiditätsentzug durch die Kassenüberschüsse des Bundes nicht so nachhaltig spürbar werden, wie die Höhe der zu erwartenden Einnahmeüberschüsse auf den ersten Blick vermuten läßt.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände kann mit einer gewissen Entlastung der amerikanischen Geld- und Kapitalmärkte gerechnet werden. Ob das Federal Reserve Board diesen Tendenzen nachgibt, hängt weitgehend von der Zinsentwicklung im Ausland ab. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnennachfrage bietet keine Rechtfertigung für verstärkte Kreditrestriktionen. Der Auftragseingang bei der verarbeitenden Industrie, ein wichtiger Indikator der Nachfrageentwicklung, enthält keinerlei Hinweise auf eine Übersteigerungsfahr. Im Durchschnitt der Monate März bis September 1959 entsprachen die Auftragseingänge etwa den Umsätzen. Auch die leichte Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die überwiegend auf die ständige Verteuerung der Dienstleistungen zurückgeht, sollte kein Anlaß zu einer verstärkt kontraktiven Politik sein, zumal die gegenwärtigen Auftriebskräfte kaum ausreichen dürften, den vorhandenen Expansionsraum auszunutzen.

Wachstum auf breiter Front in Westeuropa

In Westeuropa hat sich die wirtschaftliche Expansion verstärkt. Waren es ursprünglich die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und Italien, in denen sich die Konjunktur wieder belebte, so befindet sich jetzt ganz Westeuropa in einer Expansionsphase. Auch in Frankreich und Belgien, in denen das wirtschaftliche Wachstum erst verhältnismäßig spät wieder einsetzte, hat sich die Wachstumsrate rasch erhöht. Selbst in Belgien liegen Produktion und Beschäftigung nunmehr über den bisherigen Höchstwerten. Zu restriktiven Maßnahmen haben sich bisher nur wenige Länder entschlossen.

In der Zunahme des Sozialprodukts drückte sich in allen Ländern in erster Linie eine Steigerung der industriellen Produktion aus. Von der wirtschaftlichen Belebung wurden nahezu alle Industriezweige erfaßt, zuletzt auch die Textilindustrie. Lediglich beim Kohlenbergbau verhinderten einschneidende strukturelle Veränderungen des Energieverbrauchs trotz abnehmender Förderung einen Abbau der hohen Hal-

den. Die landwirtschaftliche Produktion wurde von der Dürre weniger beeinträchtigt, als vielfach befürchtet worden war. Die einzelnen Gebiete wurden von der Trockenheit unterschiedlich betroffen. Für die Länder, deren Landwirtschaft überwiegend tierische Veredelungsprodukte erzeugt, ergaben sich dadurch verbesserte Exportmöglichkeiten.

Die Steigerung der industriellen Produktion führte zu einer besseren Ausnutzung der in den letzten Jahren stark ausgeweiteten Kapazitäten und damit zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der Beschäftigungszuwachs blieb hinter der realen Zunahme des Sozialprodukts zurück, wenn auch das vorhandene Arbeitskräftepotential immer mehr ausgeschöpft wurde. Von Belgien, Frankreich und den Mittelmeerländern abgesehen, sind nur noch sehr begrenzte Arbeitskraftreserven verfügbar. Vielfach überschreitet die Zahl der angebotenen Stellen die Zahl der Arbeitslosen. Am knappsten sind Arbeitskräfte gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. — Die aus dem Produktionszuwachs resultierende Einkommenssteigerung kam trotz dieser Arbeitsmarktlage zunächst weniger in den kontraktbestimmten Einkommen als in den Unternehmergeinnen zum Ausdruck. Eine stärkere Anhebung des Lohnniveaus scheint sich aber nun doch in einer Reihe von Ländern anzubahnen.

Unter den Ursachen, die zu dem wirtschaftlichen Wachstum in allen westeuropäischen Ländern beigetragen haben, muß zunächst die Nachfrage-Zunahme der privaten Konsumenten vor allem nach dauerhaften Gütern genannt werden. Das gilt in besonderem Maße für Großbritannien, wo zunächst die Aufhebung aller Beschränkungen des Konsumentencredits zu einer starken Belebung der Nachfrage insbesondere nach Automobilen führte und infolge sehr weitgehender Steuersenkungen zusätzliche Mittel zur Finanzierung weiterer Verbrauchsgüterkäufe zur Verfügung standen. Auch in Österreich und in den Niederlanden nahm die private Nachfrage nach dauerhaften Verbrauchsgütern sehr kräftig zu.

Im Bereich der Anlage-Investitionen spielte in allen westeuropäischen Ländern die zunehmende Wohnbautätigkeit infolge starker öffentlicher Förderung und der lange Zeit sehr günstigen Kreditbedingungen eine erhebliche Rolle. In den meisten Ländern wurden mehr Neubauten fertiggestellt und auch mehr neue Bauaufträge erteilt, so daß für die nächste Zukunft auf ein hohes Niveau und in einzelnen Ländern sogar auf eine weitere Steigerung der Wohnbautätigkeit geschlossen werden kann. Die jüngst in einzelnen Ländern ergriffenen kreditpolitischen Maßnahmen dürften hierauf vorerst kaum einen Einfluß haben. In der Bundesrepublik Deutschland erwiesen sich die gewerblichen Anlageinvestitionen als wichtigste Auftriebskraft. Dagegen nahmen sie in den anderen Ländern im allgemeinen erst in letzter Zeit zu. So wird in Großbritannien die neue Belebung der privaten Investitionstätigkeit am Auftragseingang der Werkzeugmaschinenindustrie und am Eingang industrieller Bauaufträge erkennbar.

Zur Verstärkung der wirtschaftlichen Expansion trug auch die Zunahme der Lagerinvestitionen bei. Sie dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß die Unternehmer die Dauer der gegenwärtigen Wachstumsphase optimistisch beurteilen.

Aus der Gestaltung der öffentlichen Haushalte ergaben sich in Westeuropa in den letzten Monaten weitere zusätzliche Anregungen für die wirtschaftliche Entwicklung. In allen westeuropäischen Ländern ist eine Zunahme der öffentlichen Investitionen und des öffentlichen Verbrauchs feststellbar. Der bewußt in den Dienst der wirtschaftlichen Expansion gestellte Staatshaushalt Großbritanniens für das Rechnungsjahr 1959/60 ergab infolge unerwartet hoher Einnahmen bisher ein kleineres Defizit als vorausgeschätzt. Das Defizit im französischen Staatshaushalt hielt sich bis in die letzte Zeit in den vorgesehenen Grenzen.

Alle westeuropäischen Länder empfangen in den letzten Monaten aus der Entwicklung des Außenhandels zusätzliche Impulse. Durchweg wurde der Export beträchtlich gesteigert. Insbesondere ist die wirtschaftliche Belebung in Frankreich und Belgien weitgehend auf Exporterfolge zurückzuführen. In gewissem Umfang gilt das auch für Großbritannien, die Bundesrepublik und Italien. Im europäischen Fertigwarenexport nach den überseeischen Ländern werden von Jahr zu Jahr höhere Leistungen erzielt, die sich immer mehr zu einer wesentlichen Stütze der wirtschaftlichen Expansion in Westeuropa entwickeln. Die zusätzlichen Exporte nach den Vereinigten Staaten waren allerdings in letzter Zeit zum Teil temporärer Natur, vor allem Stahlexporte infolge des amerikanischen Stahlarbeiterstreiks. Die weiteren Exportaussichten Westeuropas können gegenwärtig als sehr günstig angesehen werden. Im Export nach den Vereinigten Staaten kann immer noch mit einer Zunahme gerechnet werden, und der Außenhandel mit den überseeischen Rohstoffländern dürfte sich ebenfalls weiter beleben. Schon jetzt verfügen diese dank höherer Exporterlöse über bessere Möglichkeiten der Einfuhrfinanzierung. Schließlich spricht alles für eine weitere Intensivierung des innereuropäischen Handels.

Obwohl die westeuropäische Wirtschaft in letzter Zeit stärker expandierte als die der übrigen Welt, stieg die Einfuhr insgesamt nicht so stark, daß sich dadurch eine Verschlechterung der Handelsbilanzsituation ergeben hätte. Infolge des Umschwungs im Außenhandel Frankreichs, der durch die Franc-Abwertung und die damit verbundenen finanzpolitischen Maßnahmen bedingt war, nahm der Leistungsbilanzüberschuß Westeuropas sogar noch zu. Dies hat sich nicht in vollem Umfang in einer Erhöhung der Währungsreserven niederschlagen, da die Geld- und Kapitalexporte ebenfalls zugenommen haben. Das Zinsgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa, das vorübergehend fast eingeebnet worden war, ist durch die jüngste Entwicklung der Geldmarktsätze wieder hergestellt worden. Infolgedessen fließt gegenwärtig erneut kurzfristiges Kapital nach den Vereinigten Staaten ab.

Die wirtschaftliche Expansion vollzog sich bisher in Westeuropa bei leichter Erhöhung des Preisniveaus, die vor allem durch den Anstieg der Nahrungsmittelpreise verursacht wurde. Auch künftig muß wohl mit gewissen Preissteigerungen gerechnet werden. Einmal werden voraussichtlich die Preise wichtiger Rohstoffe anziehen, zum anderen ist die Möglichkeit einer Zunahme der Arbeitskosten je Produktionseinheit nicht ganz von der Hand zu weisen. Bei dem derzeitigen Konjunkturklima ist es wenig wahrscheinlich, daß die Unternehmer höhere Kosten aus ihrer Gewinnspanne bestreiten werden.

Auftragseingang, Investitionspläne der Unternehmer und Ausgabegeharen der Öffentlichen Hand sowie die Exportaussichten lassen in Westeuropa für die nächsten Monate mindestens auf ein Anhalten des gegenwärtigen Wachstums der Nachfrage schließen. Bei vielfach noch verfügbaren freien Kapazitäten in der Industrie, in gewissem Umfang immer noch vorhandenen Arbeitskraftreserven und weiteren Einfuhrmöglichkeiten, deren Nutzung im Hinblick auf die gegenwärtige Zahlungsbilanzsituation ohne weiteres tragbar wäre, sind die Voraussetzungen für eine entsprechende Entwicklung des Angebots gegeben.

Welthandelsumsätze haben Höchststand wieder erreicht

Unter dem Einfluß des konjunkturellen Aufschwungs in den Industrieländern sind die Welthandelsumsätze in den letzten Monaten stärker gewachsen. Bereits im zweiten Quartal dieses Jahres lagen sie zum ersten Male seit 1957 wieder über dem entsprechenden Vorjahrsstand. Neben einem erhöhten Austausch von Fertig- und Halbfertigwaren zwischen den Industrieländern ist nun auch deren Nachfrage nach Rohstoffen auf dem Weltmarkt kräftiger gestiegen. Dadurch nahm die Ausfuhr der Rohstoffländer wieder zu und übertraf im zweiten Vierteljahr 1959 erstmals das Vorjahrsniveau. Die Wirkungen mengenmäßiger Zunahmen auf die Umsätze wurden seit dem Frühjahr mehr durch Preisrückgänge kompensiert, seit einigen Monaten sogar im Gegenteil durch leichte Preiserhöhungen verstärkt.

Lage der Rohstoffländer verbessert

Die Preise der industriellen Rohstoffe haben seit Frühjahr stetig angezogen, während die Preise der Nahrungsmittel bis in den Sommer hinein unter Druck standen. Seitdem sind sie auf Grund erhöhter Nachfrage zu einem großen Teil ebenfalls im Steigen begriffen. Während das Schwergewicht der Preissteigerungen der industriellen Rohstoffe in der ersten Jahreshälfte bei den Textilrohstoffen und Häuten lag, traten in der zweiten Jahreshälfte bei den NE-Metallen, bei Kautschuk sowie beim europäischen Exportstahl stärkere Preiserhöhungen ein. Abgaben aus Stockpilebeständen der USA und Großbritanniens (Kautschuk, Zink) sowie aus den Pufferbeständen des Weltzinnrates verhinderten auf diesen Märkten einen noch stärkeren Preisauftrieb.

In den nächsten Monaten ist voraussichtlich mit einem Anhalten der leicht steigenden Preisen-

denz auf den Weltrohstoffmärkten zu rechnen. Bei den Industrierohstoffen wird die Nachfrage weiter zunehmen, während die Elastizität des Angebotes kurzfristig eher abnehmen wird. Teilweise ist nämlich eine rasche Ausdehnung der Produktion nicht möglich (Wolle, Häute, Kautschuk), teilweise stehen einer schnellen Erweiterung des Angebotes Produzentenabkommen entgegen. Die durch die Dürre in Europa und die Verbrauchsausweitung ausgelöste Zunahme der Nachfrage vor allem nach Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs auf den Weltmärkten wird aller Wahrscheinlichkeit nach wenigstens bis gegen Mitte 1960 preissteigernd wirken. Auf längere Sicht wird sich jedoch der von den erneut stark gewachsenen Getreidevorräten in USA ausgehende Druck auch auf die Preise tierischer Nahrungsmittel auswirken.

Die wirtschaftliche Lage der Rohstoffländer ist durch die Belebung ihrer Ausfuhr günstig beeinflusst worden. Ihre Einfuhr hat bisher erst zögernd zugenommen, so daß sich ihre Handelsbilanzen im ganzen merklich besser als im Vorjahr gestaltet haben. Wie lange diese Tendenz noch anhält, hängt vor allem von der Einfuhrentwicklung und von den Austauschrelationen im Außenhandel ab. So haben verschiedene Länder ihre Einfuhrbeschränkungen bereits gelockert, andererseits werden sich ihre „terms of trade“ in den kommenden Monaten eher etwas verbessern.

Die Frachtraten der Trampschiffahrt sind in den letzten Monaten gestiegen. Bei ihrem gegenwärtigen Stand decken sie jedoch für einen großen Teil der älteren Schiffseinheiten immer noch nicht die Kosten. Trotz des steigenden Frachtaufkommens ist auch für 1960 noch nicht mit einer vollen Auslastung des Welttonnagebestandes zu rechnen. Die in den letzten Monaten stark erhöhten Abwrackungen reichen noch nicht aus, die Ablieferungen von Schiffsneubauten auszugleichen. Wenn es überhaupt zu Frachtratensteigerungen kommen wird, so werden sie in engen Grenzen bleiben.

Mit einem Anhalten des gegenwärtigen Wachstums in der westlichen Welt ist zu rechnen, da sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite die Voraussetzungen hierfür in den meisten Ländern gegeben sind. Die Intensivierung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs, die durch die fortschreitende Liberalisierung des Warenaustauschs und die weitgehende Wiederherstellung der Konvertibilität der Währungen begünstigt wird, erhöht jedoch die Verantwortung der einzelnen Volkswirtschaften für das gesamtwirtschaftliche Geschehen in der westlichen Welt und schränkt die Möglichkeiten einer überwiegend binnenwirtschaftlich ausgerichteten Konjunkturpolitik ein. So müssen bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen in sehr viel stärkerem Maße als bisher neben den binnen- auch die außenwirtschaftlichen Wirkungen berücksichtigt werden. Bei ungenügender Beachtung der Wechselwirkung zwischen Binnen- und Außenwirtschaft müßte auf längere Sicht mit Wachstumsverlusten für die gesamte westliche Welt und mit einem Rückgriff auf dirigistische Maßnahmen gerechnet werden.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik blieb, was das reale Wachstum betrifft, auch nach der Mitte des Jahres 1959 sehr befriedigend. Allerdings haben sich Spannungen im Angebots-Nachfrageverhältnis ergeben, die Tendenzen zu Preissteigerungen ausgelöst haben.

Bei einer kaum für möglich erachteten Minderung der Arbeitslosigkeit und einem unerwartet kräftigen Anstieg der Kapazitätsauslastung hat sich das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts beträchtlich beschleunigt. Dies erhöhte sich konjunkturell, d. h. nach Ausschaltung der Saisonschwankungen, vom ersten zum zweiten Halbjahr 1959 um nicht weniger als etwa 4 vH gegenüber einer Zunahme von 1,5 vH vom zweiten Halbjahr 1958 auf das erste Halbjahr 1959, was jährlichen Raten von 8 und 3 vH entspricht. Das reale Bruttosozialprodukt lag in der zweiten Hälfte des Jahres um etwa 5,5 vH über dem entsprechenden Vorjahrsniveau.

Die konjunkturelle Beschleunigung des Wachstums setzte eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten voraus, die stärker war als die Verkürzung der Arbeitszeit. Tatsächlich ließ sich das Arbeitsvolumen nochmals nennenswert vergrößern. Ausschlaggebend waren jedoch die ungewöhnlich günstigen Bedingungen für die Steigerung der Produktivität (reales Bruttosozialprodukt je Beschäftigtenstunde).

Der Zuwachs an Gütern und Diensten durch die vermehrte Inlandserzeugung und die erhöhte Einfuhr wurde in steigendem Maße für Ausrüstungsinvestitionen und Exporte in Anspruch genommen. Das reale Wachstum der Bauinvestitionen hat sich erheblich abgeschwächt, das des privaten Verbrauchs blieb im wesentlichen unverändert.

In dem neuerlichen Anstieg des Preisniveaus der in den privaten Verbrauch eingehenden Güter und Dienste kommen nicht nur die Sonderfaktoren zum Ausdruck, die zu einer beträchtlichen Verteuerung der Ernährung führten. Die Verknappung des Angebots an Ernährungsgütern — ihr hätte sicherlich früher, als dies der Fall war, durch verstärkte Importe begegnet werden können — konnte sich um so leichter in steigenden Lebenshaltungskosten auswirken, als die Sparquote nach der Jahresmitte nicht mehr wuchs, sondern eher abnahm. Die Lohn- und Gehaltsätze haben sich auf Grund der allgemeinen Anspannung auf dem Arbeitsmarkt stärker als vordem erhöht; der Anstieg hielt sich aber bisher noch in recht engen Grenzen.

Die mitunter geradezu hektische Bestelltätigkeit des Handels, die über die tatsächliche Entwicklung der Endnachfrage weit hinausging, zeigt, wie sehr die Erwartungen hier auf stark steigenden Absatz gerichtet sind. Infolgedessen hat sich die Marktposition der Verbrauchsgüterindustrien so verbessert, daß sie in der Lage waren, auch dort Preiserhöhungen durchzusetzen, wo von der Kostenentwicklung her hierzu kein Anlaß vorlag.

Um den Gefahren einer konjunkturellen Übersteigerung zu begegnen, hat die Bundesbank restriktive Maßnahmen ergriffen.

Beschäftigung, Einkommen und Verbrauch

Wider Erwarten ist die Zahl der Beschäftigten im zweiten Halbjahr noch beträchtlich gestiegen. Innerhalb der letzten zwölf Monate — von November an gerechnet — hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Angehörige der Bundeswehr) um 485 000 erhöht; darin enthalten ist ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 200 000. Dies ist deshalb beachtlich, weil die Arbeitslosigkeit schon vor Jahresfrist auf ein sehr niedriges Niveau gesunken war. Damit dürfte diese Reserve für eine Ausweitung der Beschäftigung nun so gut wie bedeutungslos geworden sein. Die Zahl der offenen Stellen übertrifft die Zahl der Arbeitslosen seit dem Sommer beträchtlich.

Für die unvermindert hohe Nachfrage nach Arbeitskräften spricht, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nach dem saisonmäßigen Wendepunkt erheblich weniger zugenommen hat als im Vorjahr. Auf Grund der Neuregelung der Winterbeschäftigung im Baugewerbe, die Zuschüsse zu den Baukosten sowie Zinssubventionen und Schlechtwettergeld vorsieht, ist zu hoffen, daß in den kommenden Monaten die in der winterlichen Arbeitslosigkeit liegende Beschäftigungsreserve soweit wie möglich genutzt wird, um die nach wie vor starken Spannungen auf dem Baumarkt zu lockern.

Wenn sich das Wachstum des Arbeitseinkommens in den letzten Monaten beschleunigt hat, so hängt dies einmal damit zusammen, daß der den Anstieg des Lohn- und Gehaltseinkommens abschwächende Faktor, die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit, etwas an Stärke verloren hat. Sodann wirkte die Entwicklung der Lohn- und Gehaltsätze auf ein beschleunigtes Wachstum des Arbeitseinkommens hin. Nicht nur die tariflich bestimmten, sondern auch die tatsächlichen Verdienstsätze sind gegen Ende des Jahres offenbar rascher als bisher gestiegen.

Die Wachstumsrate der gesamten Lohn- und Gehaltssumme (bis zur Jahresmitte etwa 7 vH) wie auch die des Durchschnittseinkommens je abhängig Beschäftigten (bis zur Jahresmitte reichlich 4 vH) ist daher für die zweite Jahreshälfte höher anzusetzen als vordem.

Mit einer Beschleunigung des Wachstums der aus Lohn und Gehalt fließenden Nettoeinkommen im vierten Vierteljahr wird auch dann zu rechnen sein, wenn man berücksichtigt, daß die Belastung des Arbeitseinkommens mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die — im Vorjahrsvergleich — bis in den Herbst hinein gesunken war, vermutlich wieder etwas gestiegen ist. In unverändertem Tempo, wenn auch erheblich langsamer als 1958, sind bis in die letzten Monate die abgeleiteten Einkommen (Renten, Unterstützungen, Pensionen) gewachsen. Nimmt man hinzu, daß auch die Entnahmen der Selbständigen seit der Jahresmitte offenbar beschleunigt steigen, so rundet sich das Bild einer verstärkten Ausweitung des für Verbrauch und Ersparnis verfügbaren Einkommens.

Auch in der Entwicklung der Verbrauchsausgaben mehren sich nun die Zeichen stärkeren

Wachstums. Dabei haben seit der Jahresmitte die Verbrauchsausgaben etwa ebenso rasch zugenommen wie das verfügbare Einkommen. Die Sparquote (der Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen) ist somit zum ersten Male seit längerer Zeit nicht mehr gestiegen; vielleicht ist sie sogar etwas gesunken.

Ob diese Entwicklung damit zusammenhängt, daß das Niveau der von den Konsumenten zu zahlenden Preise seit dem Sommer immer mehr in Bewegung geraten ist, bleibe dahingestellt, zumal die Konsumenten seit einiger Zeit Personalkredite auch bei anderen Kreditinstituten als Sparkassen in Anspruch nehmen können und davon Gebrauch machen.

Das Schwergewicht der Preissteigerungen liegt bei den Nahrungsmitteln, deren Preise sich aus den bekannten Gründen im Verlauf der Sommermonate so stark erhöhten, daß sie im Oktober — nach dem amtlichen Preisindex für die Lebenshaltung — das Vorjahrsniveau um 6,6 vH überschritten haben. Da die Verbraucher auf diese Entwicklung nicht mit einer Zurückhaltung in der Mengennachfrage reagierten, haben die Verbrauchsausgaben für Nahrungs- und Genußmittel in den letzten Monaten rascher als das Einkommen zugenommen. Dies hatte zur Folge, daß die Ausgaben für die übrigen Bedürfnisse etwas weniger stark gestiegen sind, als es unter anderen Umständen wohl der Fall gewesen wäre.

Auch die Preise der industriell erzeugten Verbrauchsgüter tendieren seit einigen Monaten nach oben, und zwar sowohl auf der Ebene der Erzeugerpreise als auch, indes bisher noch wenig ausgeprägt, im Bereich des Einzelhandels. Der Ausgleich gegenüber der offenbar unvermeidlichen Steigerung der Preise für Nahrungsmittel, Dienstleistungen und Nutzungen durch sinkende Preise für industriell erzeugte Verbrauchsgüter, der bis in die erste Hälfte dieses Jahres das Gesamtniveau der Verbrauchspreise für mehr als ein Jahr annähernd stabil gehalten hatte, ist nun eindeutig weggefallen. Vor allem — aber nicht allein — wegen der Steigerung der Nahrungsmittelpreise war das Niveau der Preise der Lebenshaltung im Oktober um fast 4 vH höher als vor Jahresfrist. Diese bemerkenswert hohe Rate dürfte sich seither zwar wieder vermindert haben. Selbst wenn die Hausse der Nahrungsmittelpreise weiter abklingen sollte, wird aber die Tendenz zur Preissteigerung im Bereich des privaten Verbrauchs anhalten.

Die Preiserhöhungen im Einzelhandel mit industriell erzeugten Verbrauchsgütern sind in den letzten Monaten keineswegs durch eine übermäßige Steigerung der Nachfrage der Verbraucher gegenüber einem unelastischen Angebot ausgelöst worden. Wie erwähnt, hielt sich das Wachstum der Konsumentennachfrage trotz einer gewissen Beschleunigung durchaus in mäßigen Grenzen. Aber offenbar hat selbst dies genügt, beim Handel die Vorstellung zu erwecken, daß steigende Preise die erstrebte Ausweitung seines Absatzes nicht behinderten.

Auch bei einer Reihe von Verbrauchsgüterindustrien sind solche Vorstellungen entstanden,

als sich ihre Marktposition angesichts des sehr starken Anstiegs des Auftragseingangs und der vor allem wegen des Arbeitskräftemangels relativ geringen Möglichkeiten der Produktionsausweitung verbesserte. Auf der Kostenseite lagen — bei bisher im allgemeinen kaum gestiegenen Rohstoffpreisen und hinter der Produktionsleistung je Arbeitsstunde zurückgebliebenen Lohnerhöhungen — im großen und ganzen keine Gründe für Preisheraufsetzungen vor. Das Angebot war noch elastischer als die Erzeugung, da diese Industrien bis zuletzt auf Fertigwarenlager zurückgreifen konnten.

Die Lieferungen der Verbrauchsgüterindustrien vermochten mit dem Eingang an Bestellungen bei weitem nicht Schritt zu halten, so daß sich hier die Auftragsbestände laufend erhöht haben. Auch dies ist ein deutliches Zeichen der Verkäufermarktsituation.

Investitionen — weiterhin Schrittmacher der Konjunktur

Die bereits im ersten Halbjahr 1959 sehr rege Investitionstätigkeit hat sich seither noch verstärkt. Die Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen sind im zweiten Halbjahr jeweils um mehr als 10 vH gestiegen; in diesen beiden Investitionsbereichen wurde damit in der zweiten Hälfte des Jahres gleichviel investiert. Zuvor hatte das Schwergewicht der konjunkturellen Auftriebskräfte bei der Bautätigkeit gelegen, ja von ihr ging der neue Aufschwung eigentlich aus. Mehr und mehr entwickelten sich aber auch die Ausrüstungsinvestitionen zu einer autonomen Quelle weiteren raschen Wirtschaftswachstums. Im Verlauf der kommenden Monate dürfte die Investitionstätigkeit in Maschinen und Einrichtungen nicht nur schneller als die Bauinvestitionen, sondern voraussichtlich auch schneller als jeder andere Verwendungsbereich des Sozialprodukts wachsen.

Die starke Beschleunigung bei den Ausrüstungsinvestitionen kam dadurch zustande, daß sich die Investitionsneigung nicht nur bei den bisher rasch expandierenden Bereichen, sondern auch in den bislang abseits gebliebenen Zweigen und Branchen intensiviert. Mit Ausnahme des Bergbaus und einiger kleinerer Industriezweige fragen jetzt alle Bereiche der Wirtschaft in wachsendem Umfang Ausrüstungsgüter nach. Unter den Gründen für die erhöhte Investitionsneigung ist dabei das Bestreben, dem allgemeinen Arbeitskräftemangel zu begegnen, immer stärker geworden. Als neues Motiv kommt die Sorge hinzu, bei den sich verlängerten Lieferfristen mit der Investierung zu kurz zu kommen. Unter diesen Bedingungen hat sich ein erheblicher und sehr stark wachsender Teil der Nachfrage nach Maschinen und anderen technischen Anlagen ins Ausland verlagert. Aber auch die Nachfrage bei den heimischen Investitionsgüterproduzenten war so groß, daß diese ihre Kapazitäten zumeist voll ausnutzen und zudem noch eine beträchtliche Vermehrung des Auftragsbestandes verbuchen konnten. Bisher hat diese Stärkung der Anbieterposition noch zu keiner Veränderung der — gegenwärtig noch

immer ein wenig unter dem Vorjahr liegenden — Preise für Ausrüstungsgüter geführt. Mit weiter wachsenden Lieferfristen dürfte jedoch eine Neigung zu Preiserhöhungen entstehen.

Auf dem Baumarkt hat sich dagegen der schon seit Jahren anhaltende Preisanstieg fortgesetzt. Trotz der günstigen Entwicklung der Produktivität liegen die Preise für Bauleistungen um 4 bis 5 vH über dem Vorjahrsstand. Da die Baunachfrage weiterhin zu wachsenden Auftragsbeständen führen wird, ist mit einem Anhalten des Preisanstiegs zu rechnen. Die Bauplanungen für Hoch- und Tiefbauten, soweit sie gegenwärtig zu übersehen sind, lassen für das erste Halbjahr 1960 wiederum eine erhebliche Mehrnachfrage nach Bauleistungen erwarten; diese könnte von der Bauwirtschaft nur unter außergewöhnlich günstigen Umständen bewältigt werden. Sie wären nur dann gegeben, wenn der Bauwirtschaft in Zukunft ein größeres Potential an Arbeitskräften zur Verfügung stehen oder sich ein so milder Winter wie im vergangenen Jahr mit allen Möglichkeiten einer besseren Nutzung der vorhandenen Arbeitskräfte wiederholen würde. Außer der voraussichtlich weiterhin recht guten Produktivitätszunahme verbleibt indes als Produktionsreserve nur der sogenannte Winterbau, für den nunmehr die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden sind. Er müßte von den Beteiligten (Bauherren, Unternehmern, Arbeitnehmern) sehr energisch in Angriff genommen werden, um ein weiterhin hohes Wachstum der Bauproduktion zu ermöglichen.

Die Zusammensetzung der Baunachfrage läßt für die kommenden Monate eine gewisse Umschichtung innerhalb der Bauinvestitionen erwarten: Im ersten Halbjahr 1959 war der Zuwachs der Bautätigkeit in den reichlich mit Finanzierungsmitteln ausgestatteten Sektoren des Wohnungsbaus und des öffentlichen Baus am stärksten. In Zukunft wird sich im öffentlichen Baubereich das Wachstum beträchtlich verlangsamen: Dies dürfte vor allem für den Hochbau gelten, bei dem neuerdings eine erhebliche Zurückhaltung in der Auftragsvergabe festzustellen ist. Im Tiefbau werden sich die außerordentlich hohen Wachstumsraten von 1959, die sich auf Grund der sprunghaft gestiegenen Ausgaben für den Straßenbau ergeben hatten, kaum wiederholen, auf dem höheren Niveau dürfte sich von nun an wieder eine ruhigere Entwicklung vollziehen. Ähnlich ist die Situation im Wohnungsbau: Hier ist ebenfalls zumindest für das erste Halbjahr 1960 mit einem weiteren, wenn auch langsameren Steigen zu rechnen.

Im Gegensatz dazu werden erheblich mehr gewerbliche Bauten errichtet werden. Nachdem die Bauproduktion in diesem Bereich 1959 nur wenig gestiegen war, ist nunmehr ein kräftiges Anziehen zu erwarten. Hierin kommt, ebenso wie in der Expansion der Ausrüstungsinvestitionen, das Streben der Wirtschaft nach einer starken Ausweitung der Kapazitäten zum Ausdruck. Die Kapazitätsgrenzen der Gesamtwirtschaft werden sich daher rascher hinausschieben als bisher.

Lageraufbau im Handel

Die Lagerbestände haben sich seit Jahresmitte kräftig erhöht. Die verstärkte Produktionsausweitung hat das Volumen der in der Fertigung befindlichen Güter entsprechend wachsen lassen. Die rasche Zunahme der Rohstoffeinfuhr seit dem Frühjahr läßt darauf schließen, daß die Industrie auch ihre Rohstoffvorräte angereichert hat. Andererseits nahmen die Kohlevorräte bei den gewerblichen Verbrauchern — aus den bekannten strukturellen Gründen — seit Beginn des Jahres laufend, zeitweise sogar entgegen der üblichen Saisonbewegung, ab. Die Bestände bei den Zechen wachsen seit einigen Wochen nicht mehr. Nachdem die Walzstahllager bei den Verarbeitern noch bis zum Frühjahr abgebaut worden waren, sind sie seither wieder gestiegen. Demgegenüber haben sich die Fertigwarenbestände in der Industrie mittlerweile bis auf einen kaum mehr reduzierbaren Umfang vermindert.

Im Einzelhandel haben starke Voreindeckungen im dritten Vierteljahr 1959 dazu geführt, daß die Lagerbestände erheblich gestiegen sind. Das Ausmaß dieser Lagerbildung ging noch beträchtlich über die hohe, zum Teil unfreiwillige Lageranreicherung zur gleichen Zeit des Vorjahres hinaus. Dabei hat sich der Handel weitgehend von der Erwartung stark steigenden Absatzes leiten lassen. Ob sich diese Erwartungen, hierunter auch die auf einen sehr guten Verlauf des Weihnachtsgeschäfts, rechtfertigen werden, ist jedoch zweifelhaft. Sollte dies nicht der Fall sein, wird sich der sonst zu erwartende Lageraufbau verlangsamen.

Sinkende Leistungsbilanzüberschüsse

Auch in den letzten Monaten ist die Einfuhr rascher als die Ausfuhr gestiegen.

Eine Zunahme der Einfuhr ist in allen Warenbereichen festzustellen. Wenn die Einfuhr von Ernährungsgütern in den letzten Monaten um etwa ein Fünftel höher als im Vorjahr war, so ist dabei zu berücksichtigen, daß damals wegen des hohen Inlandsangebots der Einfuhrbedarf ungewöhnlich niedrig gewesen war. Der Verringerung des Angebots und der Nachfragesteigerung auf den heimischen Agrarmärkten in diesem Jahr ist durch Einfuhren bisher nur unzureichend begegnet worden. In der Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren kommt die beschleunigte konjunkturelle Expansion der Binnenwirtschaft, der Wandel der Preisentwicklung auf den Weltrohstoffmärkten und eine unverkennbare Tendenz zum Aufbau von Vorräten zum Ausdruck. Dies ergibt sich allerdings nur dann, wenn man in Rechnung stellt, daß die Kohleneinfuhr sehr stark gesunken ist: Die Importe an Rohstoffen und Halbwaren ohne Kohle und Koks waren seit dem Frühjahr dem Volumen nach um etwa ein Fünftel höher als im Vorjahr.

Die Fertigwareneinfuhr ist in den letzten Monaten in kaum vermindertem Tempo gestiegen. Dabei nimmt neuerdings die Einfuhr von Enderzeugnissen spürbar langsamer zu als die von Vorerzeugnissen. Innerhalb der Enderzeugnisse ist das Wachstum der Verbrauchsgüterimporte (im Vorjahresvergleich) weitgehend zum Stillstand

gekommen. Die Investitionsgütereinfuhren nehmen dagegen nach wie vor noch in raschem Tempo zu und entlasten damit nicht unbeträchtlich den Binnenmarkt.

Die Ausfuhr zeigte in den letzten Monaten ebenfalls eine kräftige Ausweitung, die jedoch, wie erwähnt, nicht so stark war wie die der Einfuhr. Dabei ist die Ausfuhr von Investitionsgütern bisher erheblich langsamer gestiegen als die gesamte Ausfuhr. Da der Auftragseingang aus dem Ausland seit Anfang des Jahres geradezu sprunghaft zugenommen hat — besonders stark bei den Investitionsgüterindustrien —, trugen auch die Exportaufträge zur Erhöhung der Auftragsbestände und zur Verlängerung der Lieferfristen bei.

Der Aktivsaldo der Warenbilanz hat sich im zweiten Halbjahr 1959 im Vorjahresvergleich vermindert. Da der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz, vor allem wegen der fortschreitenden Passivierung im Reiseverkehr, weiter stark gesunken ist, hat der Überschuß der gesamten Leistungsbilanz im Vergleich zum Vorjahre noch stärker abgenommen als der Aktivsaldo des Warenverkehrs.

Die ungewöhnliche Zunahme der unentgeltlichen Leistungen erklärt sich zum größten Teil aus Sonderzahlungen des Bundes, vor allem an Frankreich aus Anlaß der Rückgliederung des Saarlandes. Darüber hinaus haben sich in den letzten Monaten auch die Wiedergutmachungszahlungen erhöht.

Der langfristige private Netto-Kapitalexport war erheblich kleiner als im ersten Halbjahr, jedoch etwa ebenso hoch wie im Jahr zuvor. Hingegen hat sich der Exportüberschuß im langfristigen öffentlichen Kapitalverkehr schon in den Monaten von Juli bis Oktober gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt; ob er allerdings im ganzen zweiten Halbjahr so hoch sein wird wie im ersten Halbjahr, erscheint fraglich.

Im kurzfristigen Kapitalverkehr ergab sich sowohl bei den privaten als auch bei den öffentlichen Kapitalbewegungen von Juli bis Oktober ein starker Rückgang des Geldabflusses gegenüber der ersten Hälfte 1959. Im kurzfristigen privaten Kapitalexport wirkte sich dabei vor allem die Veränderung der Zinsrelation aus, während sich im kurzfristigen öffentlichen Kapitalverkehr besonders der Rückgang der Rüstungsvorauszahlungen bemerkbar machte.

Bis zum Oktober dieses Jahres — vom Mai abgesehen — überschritt der hohe Passivsaldo der unentgeltlichen Leistungen und der Kapitalleistungen den Aktivsaldo der Leistungsbilanz und führte so zu einem Devisenabstrom. Seither kam es wieder zu einem Devisenzustrom.

Was die außenwirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten betrifft, so ist davon auszugehen, daß zwar der bis in die jüngste Zeit stark steigende Auftragseingang aus dem Ausland eine weitere Beschleunigung der Ausfuhr ermöglichen würde, daß aber der Ausfuhrzunahme von der voll ausgelasteten inländischen Kapazität her weiterhin Grenzen gesetzt sind. Die Zuwachsrate

der Einfuhr dürfte im nächsten Halbjahr so viel höher sein als die Zuwachsrate der Ausfuhr in der ersten Hälfte des Jahres, daß sich die Überschüsse im Warenverkehr weiter vermindern. Der Überschuß der Dienstleistungsbilanz dürfte weiter abnehmen, die Leistungsbilanzüberschüsse werden somit wahrscheinlich unter dem Vorjahresniveau liegen.

Höheres Zinsniveau

Nach der Jahresmitte trat der bis dahin kaum erkennbare Anstieg des Zinsniveaus deutlich in Erscheinung. Dabei änderte sich die Struktur der Zinssätze erheblich. Die Zinssätze für den kurzfristigen Bankkredit folgten wie üblich den Diskonterhöhungen, die insgesamt $1\frac{1}{4}\%$ betrug. Die effektive Verzinsung der langfristigen Schuldtitel stieg um ein volles Prozent auf reichlich 6% , womit sich u. a. auch die Hypothekenzinsen der Realkreditinstitute entsprechend erhöhten. Die Zinssätze für Hypothekarkredite der Sparkassen hielten dagegen ihren alten Stand. Sie dürften sich nach der Heraufsetzung der Haben-Zinsen um $\frac{1}{2}\%$ zu Beginn des nächsten Jahres, wenn überhaupt, nur geringfügig verteuern. Unverändert blieben schließlich auch die Zinssätze für Darlehen der Bausparkassen.

Soweit die Veränderung der Marktconstellation dazu führte, daß sich die Zinssätze erhöhten, lag dies im wesentlichen an dem im dritten Quartal erneuten und erheblichen Abfluß von Zentralbankgeld aus den Kreditinstituten. Entscheidend hierfür waren die hohen liquiditätsmindernden Überschüsse der Kasseneinnahmen der öffentlichen Haushalte über ihre Kassenausgaben im Inland. Diese fast ausschließlich durch den hohen Kapitalexport des Bundes bedingte Entwicklung konnte insofern nicht erwartet werden, als die Auslandszahlungen des Bundes erst im März sprunghaft gestiegen waren.

Infolge des tendenziell anhaltenden Anstiegs der Geldmarktsätze in den Vereinigten Staaten blieb es bis zur zweiten Diskonterhöhung für die Kreditinstitute vorteilhaft, Geld zu exportieren und bei sich anspannendem Geldmarkt ihren Bestand an inländischen Geldmarktiteln zu verringern.

Die Diskonterhöhung vom 23. Oktober 1959 (von 3 auf 4%) überstieg das Ausmaß, das lediglich der Konstatierung der neuen Geldmarktsituation entsprochen hätte. Gerade wegen dieser drastischen Erhöhung kam es zu keinem Anstieg der Wertpapierzinsen. Die Marktparteien waren offenbar der Ansicht, daß das neue Niveau der Geldmarktsätze und der Zinssätze für den kurzfristigen Kredit für längere Zeit gesichert sei und daß sich dieses Niveau in Übereinstimmung mit dem bereits vor der Diskonterhöhung gestiegenen Kapitalzinsniveau befindet.

Freilich liegen keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, daß sich in den nächsten Monaten wieder ein Trend sinkender Zinssätze durchsetzen kann. Die Kassenentwicklung des Bundes wird die Liquidität der Banken weiterhin kontraktiv beeinflussen. Dies gilt auch dann, wenn die Steuereinnahmen sich so verstärken, daß die Kreditmarktverschul-

derung des Bundes die vorgesehene Höhe nicht erreichen wird. Denn auch die Kreditmarktverschuldung entzieht den Banken Liquidität, wenn die aufgenommenen Mittel zu Auslandszahlungen verwendet werden. Alles spricht dafür, daß der Kapital- und Geldexport des Bundes auch im nächsten Jahr sehr groß sein wird. Außerdem ist mit einem weiteren Rückgang des Aktivsaldo der Leistungsbilanz zu rechnen, so daß der Liquiditätszufluss aus dieser Quelle nachlassen wird. Der gleiche Effekt kommt laufend durch die Ausweitung des Bargeldumlaufs und die bei wachsenden Bankeinlagen steigenden Mindestreserveverpflichtungen zustande. Außerdem ist anzunehmen, daß der starke Rückfluß von Auslandsgeldern der Kreditinstitute, wie er im November durch die Diskonterhöhung ausgelöst wurde, ein nur vorübergehender Vorgang war.

Ausblick

Die westdeutsche Wirtschaft ist in den kommenden Monaten vor die Aufgabe gestellt, den Anforderungen gerecht zu werden, die die lebhaft steigende Nachfrage aus dem Inland und aus den wieder in der Expansion stehenden außerdeutschen Industrieländern mit sich bringen wird, nachdem die rege Bestelltätigkeit schon bisher hohe Auftragsbestände hinterlassen hat.

Demgegenüber bleiben, da die vorhandenen Produktionskapazitäten nun weitgehend ausgelastet sind, die Möglichkeiten, das Angebot aus der inländischen Produktion zu erweitern, auch in den kommenden Monaten begrenzt.

Nachdem die Arbeitslosigkeit auf einen denkbar niedrigen Stand gesunken ist und auch die sonstigen Arbeitsmarktreserven weitgehend erschöpft sind, kann das Arbeitsvolumen nur noch sehr wenig zunehmen. Gewiß werden die schon im Verlauf dieses Jahres stark erhöhten und sicherlich noch weiter kräftig wachsenden Ausrüstungsinvestitionen tendenziell hohe Produktivitätsfortschritte ermöglichen.

Trotzdem wird die Nachfrage zunächst weiter und verstärkt über das Angebot hinaus wachsen, die Spanne zwischen Nominal- und Realentwicklung sich erweitern.

So ist in den nächsten Monaten mit einer kräftigen Steigerung der Lohn- und Gehaltssätze zu rechnen. Die in letzter Zeit in manchen Bereichen geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen sind nahezu ebenso groß wie in den Jahren des vorausgegangenen Investitionsbooms. Bei der Höhe der Forderungen spielt eine Rolle, daß nach der bereits längere Zeit andauernden geringen tarifpolitischen Aktivität Lohnerhöhungen wieder das besondere Ziel der Gewerkschaftspolitik geworden sind; maßgebend ist selbstverständlich auch die Verteuerung der Lebenshaltung.

Beschleunigt sich unter diesen Bedingungen der bisher noch geringe Anstieg der Nachfrage auf den Konsumgütermärkten, wozu im weiteren Verlauf des Jahres auch Erhöhungen der übertragenen Einkommen beitragen, so kann eine Intensivierung des Preisauftriebs nicht ausbleiben, es sei denn, die Einfuhr an Verbrauchsgütern würde erheblich schneller wachsen als bisher.

Ganz abgesehen vom Baumarkt dürften sich auch auf den Investitionsgütermärkten Preis erhöhungen durchsetzen.

Die Wirtschaftspolitik sieht sich somit in den kommenden Monaten vor die Frage gestellt, wie sie dem weiteren Preisauftrieb begegnen und dabei ein möglichst hohes Wachstum sichern kann. Die Schwierigkeiten einer solchen Politik sind gegenwärtig besonders groß, und zwar aus zwei Gründen: Einmal ist das Maß an Angebotsstärkung und Nachfragedämpfung, das unter der Zustimmung der politisch ausschlaggebenden Kräfte ins Spiel gebracht werden kann, sehr gering geworden. Sodann sind der autonomen Konjunkturpolitik, sowohl was die Auswahl der Mittel als auch den Grad ihrer Anwendung betrifft, im Zeichen der Konvertibilität und der wirtschaftlichen und politischen internationalen Verflechtung Grenzen gesetzt.

Die Möglichkeiten zur Steigerung des Angebots bestehen — wenn man davon absieht, daß der Wechselkurs erhöht werden könnte oder flexible Kurse zugelassen würden — einmal darin, die Zölle weiterhin zu senken, die Kontingente zu erweitern oder gar abzuschaffen. Die Liberalisierung der Einfuhr hat indes in Westdeutschland ihre Spontaneität verloren. Die Handelspolitik ist zwar auf einen Kurs festgelegt, der es zuläßt, das Auslandsangebot im Laufe der Zeit sowohl zoll- und damit preisgünstiger als auch reichhaltiger werden zu lassen; die hierdurch kurzfristig zu erreichenden Angebotseffekte sind jedoch zu gering, als daß sie die Situation auf den Binnenmärkten spürbar entlasten könnten.

Ein weiterer Weg zur Verstärkung des Angebots besteht darin, die Hemmnisse zu verringern, die einer freien Entfaltung des Wettbewerbs entgegenstehen. In dieser Richtung sind auch kurzfristig gewisse Erfolge zu erzielen; doch sind die Schwierigkeiten, diesem Prinzip wirkungsvoll Geltung zu verschaffen, zu groß, als daß in nächster Zeit von dieser Seite her nennenswerte Gegenkräfte gegen die Preissteigerungen erwartet werden dürften.

Was die Chancen der Wirtschaftspolitik anbelangt, die Nachfrage zu dämpfen, so bestehen sie an erster Stelle in der Beeinflussung der öffentlichen Inlandsausgaben. Freilich darf nicht übersehen werden, daß die Ausgaben der öffentlichen Haushalte zum größten Teil durch Aufgaben bestimmt sind, deren Zweckmäßigkeit von anderen als wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen ist. Eine für die Konjunkturpolitik ausreichende Bewegungsfreiheit besteht dagegen im Bereich der öffentlichen Investitionen und der für private Investitionen vorgesehenen Zuschüsse und Darlehen der öffentlichen Hand. Dieses Instrument der Konjunkturpolitik, ergänzt um eine entsprechende Gestaltung der Einnahmen, wurde in Deutschland bisher kaum genutzt. Gewisse Ansätze hierzu bahnen sich bei der Koordinierung der öffentlichen Bauaufträge an.

Was verbleibt, ist die auf Restriktion hinwirkende Kreditpolitik. Die hierzu verwendbaren Instrumente ermöglichen es im Prinzip, die Bankenliquidität, die kurzfristigen und indirekt auch

die langfristigen Zinssätze sowie die Geldmenge zu beeinflussen. Damit ist gesagt, daß mit der Kreditpolitik nur indirekte und im Prinzip auch nur globale Wirkungen zu erzielen sind. Sie kann die Nachfrageströme weder rascher einengen noch vermag sie den Dämpfungseffekt auf das jeweils konjunkturpolitisch erwünschte Maß zu dosieren. In der gegenwärtigen Situation ist sie zudem in ihrem Spielraum und in der Auswahl ihrer Mittel von der monetären Entwicklung und der Kreditpolitik in anderen Ländern abhängig. Das alles

besagt nicht, daß von ihr nicht im Rahmen dieser Begrenzungen Gebrauch gemacht werden sollte.

Die heutige Lage weist erneut mit großer Eindringlichkeit darauf hin, daß das konjunkturpolitische Instrumentarium außerhalb des Bereichs der Kreditpolitik, also vor allem die erwähnte konjunkturpolitische Orientierung der Finanzpolitik, ausgebaut werden muß, wenn die auf Geldwertstabilität und Stetigkeit des Wachstums ausgerichtete Wirtschaftspolitik ihre Ziele erreichen will.

Abgeschlossen in Essen am 10. Dezember 1959

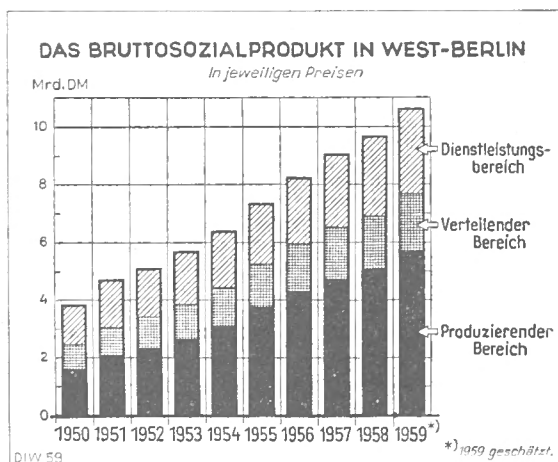
Die Westberliner Wirtschaft im Jahre 1959

Die Wirtschaftstätigkeit in West-Berlin hat sich im Jahre 1959 in unerwartet starkem Maß ausgeweitet. Trotz der anfänglich gespannten politischen Situation hat sich die westdeutsche konjunkturelle Expansion — sogar mit einem zeitlichen Vorsprung — auch in West-Berlin durchgesetzt. Das Bruttosozialprodukt erhöhte sich um nominal 10 vH und stieg damit auf 10,6 Mrd. DM an. Die Expansion im übrigen Bundesgebiet, die nominal auf etwa 6 vH zu veranschlagen ist, wurde dadurch auch 1959 wieder übertroffen. Die Wachstumsbeschleunigung gegenüber den Vorjahren ist besonders an der Entwicklung der realen Größen abzulesen: Der nachlassende Preisauftrieb hat nämlich dazu geführt, daß zwischen nominalem und realem Wachstum in diesem Jahr nur eine geringe Diskrepanz bestand. Das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts betrug etwa 9 vH, eine Rate, die seit dem Jahre des Investitionsgüterbooms 1955/56 nicht mehr erreicht worden ist.

privaten Dienstleistungen etwas schwächer als in den Vorjahren verlief.

Die überdurchschnittliche Entwicklung des produzierenden Bereichs und insbesondere der Industrie beruhte darauf, daß alle förderlichen Grundbedingungen — sowohl die konjunkturelle Belebung im Bundesgebiet als auch die fast durchweg vorteilhaften saisonalen Einflüsse — diesen Wirtschaftsbereich besonders begünstigten. Alle Einzelzweige — verarbeitendes Gewerbe, Bau- und Energiewirtschaft — übertrafen in ihrem Wachstum die Vorjahrsentwicklung zum Teil beträchtlich. Im wesentlichen jedoch konzentrierte sich der Aufschwung auf die Industrie. Ein bedeutsamer Faktor war dabei die in diesem Jahr außerordentlich angestiegene Tabakverarbeitung¹⁾ und das damit verbundene höhere Aufkommen an Tabaksteuern. Insgesamt sind die Tabaksteuern von 285 Mill. DM 1958 auf etwa 560 Mill. DM 1959 gestiegen und haben sich somit fast verdoppelt; das Aufkommen an indirekten Steuern stieg dadurch gegenüber dem Vorjahr um etwa 30 vH an. Aber auch ohne die Steigerung der Zigarettenherzeugung blieb die Industrie in der Expansion führend.

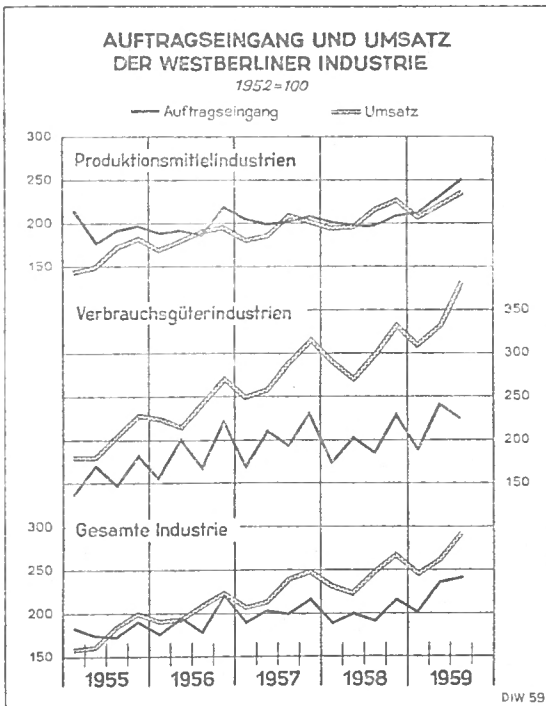
Im Jahre 1959 dürfte der Produktionsindex den Stand von 131 (1936 = 100) erreichen. Das Wachstum war wiederum stärker als in Westdeutschland, der Abstand hat sich relativ verringert. Bei einem Vergleich der Produktionsindizes von Westdeutschland und West-Berlin muß auch immer die Tatsache beachtet werden, daß — verglichen mit dem Stand des Jahres 1936, auf dem der Index basiert — die Bevölkerung und die Zahl der Beschäftigten in der Industrie in beiden Wirtschaftsgebieten eine entgegengesetzte Entwicklung genommen hat. Während sich in Westdeutschland die Gesamtbevölkerung seit 1936 um 30 vH erhöht hat, ging sie in West-Berlin um 20 vH zurück. Berücksichtigt man beim Vergleich des Produktionsstandes diese gegenläufige Entwicklung, so verringert sich die Unterlegenheit der verarbeitenden Industrie West-Berlins beträchtlich: Ohne Bereinigung ist der Abstand in diesem Jahr auf rund 120 Indexpunkte zu veranschlagen (Westdeutschland 251, West-Berlin 131), nach der Bereinigung vermindert er sich auf etwa ein Viertel (Westdeutschland 190, West-Berlin 160).



Die bestimmende Komponente des Wirtschaftsaufschwungs war die Entwicklung im produzierenden Bereich. Die Expansion übertraf hier mit nominal + 13 vH die durchschnittliche Ausweitung des Sozialprodukts. Die anderen Bereiche — Dienstleistung und Verteilung — blieben hinter dem Zuwachs des Sozialprodukts zurück, die durchschnittliche Zuwachsrate betrug jeweils 6 vH. Bemerkenswert ist dabei, daß die Entwicklung der

¹⁾ Vgl. hierzu den Wochenbericht des DIW, Nr. 40/1959.

Die Beschleunigung des industriellen Wachstums ist hauptsächlich auf die Entwicklung in den Verbrauchsgüterindustrien zurückzuführen. Im Gegensatz zum Vorjahr hat dieser Bereich das Wachstumstempo der Produktionsmittelindustrien beträchtlich übertroffen, die durchschnittliche Jahreswachstumsrate betrug etwa 14 vH. Die dominierenden Zweige waren die chemische Industrie (+ 18 vH) und — durch den Aufschwung der Zigarettenfabrikation — die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+ 30 vH). Die Bekleidungsindustrie konnte ebenfalls wieder eine Produktionszunahme verbuchen. Die Entwicklung war hier jedoch recht uneinheitlich: Die Zuwachsraten der einzelnen Monate schwankten zwischen — 8 vH und + 30 vH. Der starke Einbruch im vergangenen Jahre ist noch nicht völlig aufgeholt worden: Der Produktionsindex blieb unter dem 1957 erreichten Niveau. Auch die Zahl der Betriebe — im Gegensatz zu fast allen anderen Industriezweigen — ist in der ersten Jahreshälfte zurückgegangen. Die Produktionsmittelindustrien haben ihre Erzeugung um durchschnittlich 8 vH ausweiten können. Insbesondere die kleineren und ihrem Gewicht nach im einzelnen nur wenig bedeutsamen Zweige waren überdurchschnittlich an der Expansion beteiligt.



Noch stärker als in der Produktionsentwicklung prägte sich die konjunkturelle Belebung in der Zunahme der Bestellungen aus. Der Auftragsingang hat im Durchschnitt des abgelaufenen Jahres — fast ausschließlich durch steigende Bestellungen der privaten Wirtschaft — den Vorjahrsstand um etwa 18 vH überschritten. Die Zuwachsrate des Auftragsingangs war damit fast doppelt so hoch wie die Zunahme der Produktion. In dieser Tendenz unterschied sich die diesjährige Entwicklung deutlich von der entgegengesetzten Bewegung des Jahres 1958. Damals blieb der Auftragsingang sowohl im Durchschnitt der Produktionsmittelindustrien als auch der Verbrauchsgüterindustrien etwas hinter dem Vorjahrsstand zurück. Die Gesamtproduktion hingegen stieg in beiden Bereichen dennoch an. Die Produktionssteigerung verlief damals zu Lasten

der Auftragsbestände. Die Periode des „Aufzehrens“ der Auftragsbestände hat durch die lebhaften Bestellungen im Jahre 1959 ihr Ende gefunden. Die noch unerledigten Bestellungen übertrafen am Ende dieses Jahres den Stand der gleichen Vorjahrszeit, sie sichern wieder eine Beschäftigungsreserve von etwa vier Monaten.

Der wichtigste Erfolg des Wirtschaftsaufschwungs im abgelaufenen Jahr war die Normalisierung der Arbeitsmarktlage. Das seit Beginn des West-Berliner Wiederaufbaus vordringlichste Problem, die Arbeitslosigkeit, konnte annähernd gelöst werden. Zur Zeit der Saisonspitze Ende September betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern noch gemeldeten Arbeitslosen 36 000 Personen, die Arbeitslosenquote unterschritt damit erstmals 4 vH. Im Jahresdurchschnitt dürfte die entsprechende Quote etwa 6 vH betragen. Das restliche auch in diesem Jahr noch offene Problem des Arbeitsmarktes in West-Berlin besteht in der Wiederbeschäftigung der älteren Arbeitslosen, vor allem der darunter hauptsächlich vertretenen Berufsgruppe der kaufmännischen und Verwaltungsangestellten. Die direkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Notstandsprogramm — die im wesentlichen die Wiederbeschäftigung von Angestellten bezwecken — werden auch im nächsten Jahr weiter notwendig sein.

Insgesamt wird wahrscheinlich die Arbeitslosenquote von 6 vH im Jahresdurchschnitt und 4 vH in der Saisonspitze noch weiter — wenn auch nur geringfügig — unterschritten werden können. Es ist nämlich erkennbar, daß sich nunmehr, nach zehn Jahren des wirtschaftlichen Wiederanstiegs, auf dem Arbeitsmarkt das bisherige Problem in sein Gegenteil zu verkehren beginnt. War es früher notwendig, das unbeschäftigte Arbeitskräftepotential schnell wieder in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern, so wird in nächster Zeit die beginnende Knappheit von Arbeitskräften den Wirtschaftsablauf bestimmen. Schon in diesem Jahr übertraf die Zahl der offenen Stellen in einigen Bereichen die Zahl der aus diesen Berufsgruppen noch zur Verfügung stehenden Arbeitslosen. In den kommenden Jahren wird zudem — eine Folge der bizarren Altersstruktur der Stadt — der Zugang an Arbeitssuchenden wahrscheinlich geringer sein als der Abgang von Arbeitskräften, die die Altersgrenze erreicht haben.

Bereits im abgelaufenen Jahr war als Folge dieser Entwicklung die Zunahme der Beschäftigten geringer als die Abnahme der Arbeitslosen. Während sich im Jahresdurchschnitt die Arbeitslosigkeit von rund 80 000 Personen auf 60 000 Personen vermindert hat, stieg gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten nur um ungefähr 5000 Personen an; das bedeutet eine Erhöhung des gesamten Arbeitnehmerpotentials um weniger als 1 vH. Die Steigerung der gesamten wirtschaftlichen Leistung in West-Berlin um 9 vH beruhte deshalb nur zu einem geringen Teil auf einer Erhöhung der Beschäftigten, in der Hauptsache jedoch auf einer Steigerung der effektiven Leistung je Arbeitnehmer.

Die bestimmende Komponente für die Ausweitung der Gesamtnachfrage im Jahre 1959 war die Nachfrage auswärtiger Abnehmer, und zwar sowohl aus der Bundesrepublik als auch aus dem Ausland. 1959 wurden für schätzungsweise 6,8 Mrd. DM Güter und für 0,4 Mrd. DM Dienstleistungen an auswärtige Käufer geliefert. Der größte Teil hiervon floß in die Bundesrepublik und in das westliche Ausland, nur etwa 3 vH gingen in die Ostzone und die Ostblockstaaten. Auch die Bezüge West-Berlins kamen im wesentlichen aus Westdeutsch-

land und dem westlichen Ausland. Die Gesamtsumme der Einfuhr — Güter und Dienste — ist auf etwa 8,5 Mrd. DM zu veranschlagen, sie ist damit nicht in demselben Ausmaß angestiegen wie die Ausfuhr. Als Saldo der Leistungsbilanz dürfte in diesem Jahr ein Einfuhrüberschuß von 1,3 Mrd. DM entstehen. Dies bedeutet zwar gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung — damals hatte das Defizit 1,2 Mrd. DM betragen —, dennoch ist die Erhöhung in einem geringeren Umfang erfolgt, als sie nach der Entwicklung des ersten halben Jahres hätte erwartet werden können. Durch die politisch bedingte verstärkte öffentliche Lagerbildung ergab sich nämlich allein für das erste Halbjahr ein Einfuhrüberschuß von 0,9 Mrd. DM. Durch die starke Ausweitung der Lieferungen insbesondere an industriellen Erzeugnissen war jedoch im zweiten Halbjahr der Einfuhrüberschuß nur noch gering.

Auch der private Verbrauch war 1959 an der Ausweitung der Gesamtnachfrage beteiligt. Er erhöhte sich um schätzungsweise 6 vH und folgte damit der Steigerung des Masseneinkommens. Die Einkommensentwicklung in West-Berlin verlief erstmalig bemerkenswert parallel. Während in den vergangenen Jahren — insbesondere infolge der Rentenerhöhungen — der Zuwachs der gesamten Sozialeinkommen regelmäßig weitaus an der Spitze gestanden hatte, erhöhten sich in diesem Jahr die Arbeitseinkommen, die Sozialeinkommen sowie auch die Einkommen der Selbständigen und der Körperschaften im gleichen Ausmaß. Der Zuwachs der Masseneinkommen und der Einkommen der Selbständigen ist auf etwa 6 vH zu veranschlagen. Bei den Sozialeinkommen war diese Entwicklung durch gegenläufige Bewegungen bedingt: Die öffentliche Fürsorge, die Arbeitslosenunterstützungen sowie die Kriegsopferversorgung hatten etwas geringere Aufwendungen als 1958 zu verzeichnen, während insbesondere die Rentenzahlungen und die Entschädigungen weiter angestiegen sind. Bei den Arbeitseinkommen kam die Zunahme durch die nur wenig angestiegene Zahl der Beschäftigten fast in vollem Ausmaß einer Erhöhung der individuellen Entgelte zugute. Darüber hinaus sind hier die Nettoeinkommen in Auswirkung der Steuerermäßigungen im vorigen Jahr etwas stärker gestiegen als die Bruttoentgelte.

Den stärksten Zuwachs hatte in diesem Jahr durch die Steigerung des Steueraufkommens das Nettoeinkommen der Öffentlichen Hand (= ordentliche Einnahmen der öffentlichen Haushalte abzüglich der Sozial-einkommen). Es erhöhte sich um etwa 13 vH. Der überdurchschnittliche Anstieg trug zu einer beträchtlichen Erhöhung des Anteils der „Eigendeckung“ an der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben bei: Der an den Bund abzuführende Steuerbetrag ist im Kalenderjahr 1959 auf etwa 1,6 Mrd. DM (1958 = 1,25 Mrd. DM) zu veranschlagen, er stieg damit stärker als die Beiträge und Zuschüsse des Bundes nach Berlin. Der restliche Zu-schußbedarf ist dadurch — trotz der starken Inanspruch-

nahme des öffentlichen Haushalts durch Lagerbildung — gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen, er belief sich auf 1,4 Mrd. DM.

Der Nachfrage-Anstieg in fast allen Bereichen der Westberliner Wirtschaft hat auch auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmer anregend gewirkt. Entgegen den verschiedentlich zu Beginn des Jahres gehegten Befürchtungen ist die Investitionstätigkeit nicht beeinträchtigt worden. Nicht nur die öffentliche Investition ist in diesem Jahr erheblich über den Umfang des Vorjahres hinausgegangen, auch die privaten Bauten und die privaten Ausrüstungsinvestitionen, in deren Bereich vor allem die Neuanlagen der gewerblichen Wirtschaft fallen, sind angestiegen. Die Höhe der Brutto-Anlageinvestitionen betrug etwa 2 Mrd. DM, das sind 7 vH mehr als im Vorjahr.

Die weitere Entwicklung der Westberliner Wirtschaft steht offensichtlich unter anderen Aspekten als bisher. Künftig wird auch hier — wie schon seit längerem in Westdeutschland — die Produktivitätssteigerung die wichtigste Quelle der Expansion bilden. Durch die jetzt auftauchenden Probleme des Arbeitsmarktes — Vollbeschäftigung und Überalterung der Bevölkerung — ist es sogar fraglich, ob wie im übrigen Bundesgebiet sich eine weitere langsame Steigerung der Zahl der Beschäftigten auch in Berlin erreichen läßt. Dies ginge nur, wenn die stillen Reserven des Arbeitsmarktes mobilisiert werden würden und wenn eine größere Anzahl der aus Mitteldeutschland Zuwandernden zukünftig in Berlin verbliebe²⁾.

Deshalb ist zukünftig das Ausmaß der Produktivitätssteigerungen für die Expansion ausschlaggebend. Neben der allgemeinen Förderung der Investitionsbereitschaft kann hierzu auch eine weitere Veränderung der Wirtschaftsstruktur der Stadt beitragen, nämlich einmal die Verstärkung des industriellen Bereichs und zum anderen Verlagerungen innerhalb der Industrie zugunsten der hochproduktiven und kapitalintensiven Fertigungen. Schon in diesem Jahr hat sich ein dahin gehender Trend bemerkbar gemacht. Die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten kam fast ausschließlich der Industrie zugute, während gleichzeitig erstmalig die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten — wenn auch nur geringfügig — abgenommen hat. Innerhalb der Industrie wiederum haben insbesondere die kapitalintensiven Fertigungen — Elektrotechnik, Fahrzeugbau, Chemie, Tabakverarbeitung — zugenommen. Auch bei der Bauwirtschaft hat eine ähnliche Entwicklung eingesetzt. Dort wurde eine sehr starke Produktionssteigerung vor allem durch das Vordringen des stark mechanisierten Straßenbaus erzielt. Das gesamte reale Bauvolumen nahm infolgedessen um 5 vH zu, obwohl gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten etwas zurückgegangen war, die Bauwirtschaft also noch Kräfte abgeben hat.

²⁾ Zum Problem der künftigen Entwicklung der Zahl der Arbeitskräfte vgl. den Wochenbericht des DIW, Nr. 44/1959.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 8. Januar 1960



Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1958					1959									
			Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Anzahl der Werktage			25,9	26	27	23,4	25	25,7	24	24	26	22,2	25	27	25,9	26	27
Arbeitsmarkt																	
Beschäftigte ¹⁾	BRD *)	1000	E	19714	.	.	19107	.	.	19435	.	.	19939	.	.	20135	.
darunter weibliche	W-B	"	"	878	.	.	844	.	.	852	.	.	870	.	.	883	.
	BRD *)	vH	"	33,8	.	.	34,3	.	.	33,9	.	.	33,9	.	.	33,9	.
	W-B	"	"	42,5	.	.	42,6	.	.	43,1	.	.	42,6	.	.	43,0	.
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	BRD *)	1000	"	338	333	362	432	937	1351	1113	593	401	325	259	215	196	187
	W-B	"	"	60	60	65	72	92	95	90	74	66	61	55	43	39	36
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern ²⁾	BRD *)	vH	"	1,7	1,7	1,8	2,2	4,7	6,7	5,6	3,0	2,0	1,6	1,3	1,1	1,0	0,9
	W-B	"	"	6,4	6,4	6,9	7,7	9,8	10,2	9,7	8,0	7,1	6,6	6,0	4,6	4,2	3,9
Unterstützte Arbeitslose ⁴⁾	BRD *)	1000	M	281	265	272	311	589	1215	1278	658	388	295	234	191	164	151
	W-B	"	"	47	45	48	55	71	79	79	62	54	50	48	39	31	29
Arbeitsunfähige Kranke ⁵⁾	BRD	"	E	769	825	872	805	721	877	1022	788	769	717	737	784	800	.
	W-B	"	"	42	44	49	44	42	50	52	46	41	38	37	38	42	.
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD *)	"	"	264	264	229	175	121	166	233	276	281	298	323	341	350	350
	W-B	"	"	8,7	7,7	7,3	4,9	3,0	4,5	5,2	5,4	6,4	6,9	7,2	9,6	9,9	8,0
Arbeitslose je 100 offene Stellen (Andrangsziffern)	BRD *)	Anzahl	"	128	126	158	247	775	812	479	215	143	109	80	63	56	53
	W-B	"	"	697	779	890	1453	3078	2098	1719	1360	1030	884	764	445	392	448
Einkommen																	
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD	Mill. DM	S	2419,0	2420,1	2516,0	2427,2	2605,4	1413,7	2173,9	2345,1	2438,7	2461,4	2512,2	2591,3	2505,3	2582,1
	"	1949 = 100	"	292,4	292,6	304,2	303,4	315,0	291,5	262,8	283,5	294,8	297,6	303,7	313,3	302,9	312,1
Gehälter in der Industrie	"	Mill. DM	S	829,8	833,3	835,7	869,6	954,6	884,3	852,0	865,1	872,7	877,4	901,5	899,7	902,4	912,5
	"	1949 = 100	"	341,4	343,0	343,9	357,9	392,9	363,9	350,7	356,0	359,1	361,1	371,0	370,3	371,4	375,6
Beschäftigung d. Industrie⁶⁾																	
Beschäftigte, gesamte Industrie	BRD	1000	E	7324,3	7322,4	7306,4	7279,9	7187,9	7134,9	7128,9	7156,1	7250,3	7270,0	7296,4	7326,7	7362,6	7394,7
dar.: Bergbau	"	"	"	659,1	655,1	651,1	646,7	641,4	635,1	630,9	629,7	631,9	628,0	623,1	617,3	609,4	601,1
Steine und Erden	"	"	"	261,3	260,5	255,9	250,3	231,1	208,0	211,8	237,7	255,7	261,1	264,0	265,1	264,4	.
Eisen und Stahl	"	"	"	263,8	261,7	258,4	257,3	256,1	256,2	255,2	255,3	257,6	259,6	261,3	262,8	265,3	.
NE-Metalle	"	"	"	76,9	76,6	76,5	76,4	76,0	76,3	76,6	76,9	77,5	77,5	77,7	78,4	78,9	.
Stahlbau	"	"	"	183,7	183,7	182,0	181,2	179,2	177,0	175,3	174,8	176,6	177,1	177,5	177,6	178,8	178,5
Maschinenbau	"	"	"	846,4	842,5	837,7	833,6	828,2	827,8	826,5	828,4	844,1	847,2	847,7	852,0	856,0	857,0
Fahrzeugbau	"	"	"	331,4	329,0	329,1	330,6	330,7	334,5	338,1	341,9	348,3	351,6	355,6	358,2	363,5	369,4
Schiffbau	"	"	"	100,4	99,7	99,1	98,2	97,6	96,8	96,2	95,3	96,3	95,6	94,1	93,3	92,4	91,6
Elektrotechnik	"	"	"	609,4	616,9	618,3	618,1	615,1	614,5	613,5	618,2	624,1	624,4	628,5	632,6	642,1	649,4
Feinmechanik und Optik	"	"	"	141,5	141,1	140,5	140,2	139,5	140,2	139,8	139,3	140,8	141,0	141,9	141,3	142,3	143,2
Eisen-, Blech- u. Metallwaren	"	"	"	367,7	367,9	369,4	369,8	365,7	365,6	366,7	366,8	371,3	371,3	374,0	377,2	380,0	382,4
Chemie	"	"	"	419,0	417,7	417,2	417,0	414,8	414,4	416,6	419,1	423,7	425,1	427,6	430,4	432,4	432,7
Holzverarbeitung	"	"	"	219,4	219,8	220,2	220,0	216,4	214,0	212,7	212,1	213,1	212,0	212,3	212,3	211,9	212,9
Textil	"	"	"	611,2	606,5	603,3	601,5	595,5	591,5	588,9	584,7	588,1	587,8	590,9	594,6	598,1	.
Bekleidung	"	"	"	311,5	312,8	311,9	309,8	304,4	304,8	305,5	306,4	311,8	312,2	311,8	311,9	313,6	317,9
Nahrungsmittel	"	"	"	328,7	337,9	344,9	339,7	321,2	311,7	306,7	303,1	306,0	312,3	317,0	325,2	329,5	336,8
Genußmittel	"	"	"	147,9	147,4	146,6	146,3	144,7	143,2	142,3	143,4	144,4	144,0	144,7	144,6	143,9	.
Beschäftigte, gesamte Industrie	"	1949 = 100	"	157,8	157,8	157,5	156,9	154,9	153,8	153,7	154,3	156,3	156,7	157,3	157,9	158,7	159,4
Produktionsgüterind.	"	"	"	166,8	166,5	165,8	165,2	163,6	162,5	162,6	163,7	166,2	166,7	167,3	167,9	168,7	
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	144,8	145,3	145,5	144,9	142,3	141,0	140,4	140,0	141,2	141,5	142,1	142,9	143,7	
Darunter Arbeiter⁷⁾																	
Gesamte Industrie	BRD	1000	E	6019,2	6012,7	5995,2	5965,4	5875,9	5817,2	5808,7	5832,9	5906,5	5920,1	5944,4	5970,8	5998,8	6026,8
	"	1949 = 100	"	154,1	153,9	153,5	152,7	150,4	148,9	148,7	149,3	151,2	151,5	152,1	152,8	153,5	154,2
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	159,7	159,2	158,4	157,7	155,8	154,2	154,3	155,5	157,8	158,2	158,8	159,4	160,1	160,5
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	142,8	143,2	143,4	142,6	139,6	138,4	137,7	137,2	138,3	138,6	139,3	140,1	140,9	142,2
Geleistete Arbeiterstunden																	
Gesamte Industrie	BRD	Mill.	S	996,0	1053,9	1115,0	1020,1	1018,8	999,4	940,8	979,1	1048,5	956,0	1009,6	1023,3	991,7	1060,6
	"	1949 = 100	"	139,7	147,8	156,4	143,1	142,9	140,2	132,0	137,4	147,1	134,1	141,6	143,5	139,1	148,8
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	145,5	153,2	161,2	147,8	148,3	145,8	137,0	142,5	153,1	140,3	148,7	149,6	145,2	154,2
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	130,0	138,9	148,6	135,4	133,9	130,7	123,5	128,4	136,9	123,6	129,6	133,4	128,8	139,8
Tägliche Arbeitszeit⁸⁾																	
Gesamte Industrie	BRD	Std.	D	6,39	6,74	6,89	7,31	6,94	6,68	6,75	6,99	6,83	7,27	6,79	6,35	6,38	6,77
	"	1949 = 100	"	89,6	94,5	96,6	102,5	97,3	93,7	94,7	95,9	102,1	95,4	89,2	89,6	95,1	.
Produktionsgüterindustrien	"	Std.	"	6,40	6,74	6,86	7,29	6,93	6,70	6,74	6,96	6,80	7,27	6,82	6,33	6,38	6,73
	"	1949 = 100	"	89,2	93,9	95,6	101,6	96,6	93,4	94,0	97,1	94,9	101,5	95,2	88,4	89,1	94,0
Verbrauchsgüterindustrien	"	Std.	"	6,36	6,75	6,94	7,34	6,94	6,65	6,76	7,06	6,89	7,27	6,74	6,39	6,39	6,84
	"	1949 = 100	"	89,4	94,9	97,6	103,2	97,6	93,5	95,0	99,2	96,8	102,1	94,7	89,8	89,8	96,1
Indu. Arbeitsproduktivität⁹⁾																	
je Beschäftigten	BRD	1949 = 100	E	158	171	179	187	174	161	168	177	178	182	181	169	169	182
je Arbeiterstunde	"	"	"	184	189	194	191	188	181	187	190	196	188	201	200	199	202
Durchschnittl. Bruttostundenverdienst der Arbeiter¹⁰⁾																	
Lohnempfänger insgesamt	BRD	Pf	D	233,5	.	.	234,1	.	.	237,1	.	.	242,7	.	.	245,4	.
Männliche Arbeiter	"	Pf	"	252,5	.	.	252,7	.	.	257,4	.	.	261,7	.	.	264,1	.
Weibliche Arbeiter	"	Pf	"	160,0	.	.	161,5	.	.	163,9	.	.	165,5	.	.	169,5	.
Preisindex f. d. Lebenshaltung																	
Gesamt, unter Verbrauchergruppe	BRD	1938 = 100	D	189	189	189	190	191	191	192	192	191	191	191	195	194	195
" mittlere	"	"	"	185	185	184	185	186	186	186	186	186	186	186	189	189	189
" gehobene	"	"	"	185	184	184	185	185	185	185	185	184	184	185	186	187	189
Gesamt, mittl. Verbrauchergruppe	"	1949 = 100	"	112	111	111	112	112	112	112	112	112	112	113	114	114	115
Ernährung	"	"	"	115	115	115	115	116	116	116	117	116	116	117	119	119	120
Getränke u. Tabakwaren	"	"	"	83	83	82	82	82	82	82							

Gegenstand	Einheit †)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart									
			9.-15. Nov. 1958	16.-22. Nov. 1958	23.-29. Nov. 1958	30. Nov. bis 6. Dez. 1958	7.-13. Dez. 1958	11.-17. Okt. 1959	18.-24. Okt. 1959	25.-31. Okt. 1959	1.-7. Nov. 1959	8.-14. Nov. 1959	15.-21. Nov. 1959	22.-28. Nov. 1959	29. Nov. bis 5. Dez. 1959	6.-12. Dez. 1959	
			46.	47.	48.	49.	50.	42.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.	50.	
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	1947/49 = 100		140,8	140,5	139,7	139,2	141,9	146,0	144,3	145,0	146,4	147,1	148,8	151,2	151,2	.	
Industrieproduktion in USA	"		158,0	150,5	161,3	164,0	165,1	132,6	132,5	125,4	124,3	133,0	130,0	162,0	165,3	172,3	
Steinkohlenförderung in Westdeutschl. 1)	1000 t	WS	2670	2431	2754	2719	2719	2405	2395	2460	2466	2619	2540	2055	2545	.	
" " " " Großbritannien	"	"	4518	4549	4544	4634	4634	.	4214	4150	4237	4211	4238	4265	4314	.	
Kohlenförderung in USA	"	"	7797	7938	6844	7820	8133	7062	7357	7326	6849	8110	8555	7307	8215	.	
Rohstahlerzeugung in Westdeutschl. 1)	"	"	254	232	256	251	259	314	315	320	320	315	310	326	318	.	
" " " " USA	"	"	1841	1819	1817	1826	1828	331	337	334	334	1179	2026	2672	2370	2423	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	144	165	140	171	165	154	133	117	81	76	78	54	66	98	
Stromverbrauch in West-Berlin 2)	Mill. kWh	"	44,2	42,6	43,4	47,3	48,7	43,7	45,0	46,7	48,1	48,1	47,1	50,7	51,5	57,5	
Güterverkehr																	
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn 15)	1000 Wagen	WS	388,7	344,2	390,8	384,1	383,9	408,4	414,9	418,5	418,6	421,8	373,8	426,5	414,4	.	
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlauf in Westdeutschland u. West-Berlin . . .	Mill. DM	BSt	17177	16397	19154	18753	.	18479	17629	19958	18838	18414	.	17522	20431	19944	
Notenumlauf d. Bank von England . . .	£	Mi	2026	2031	2044	2079	2122	2109	2104	2107	2120	2127	2132	2144	2173	2219	
" " Bank von Frankreich	Mrd. frs.	Do	3359	3295	3371	3401	3376	3390	3339	3390	3406	3375	3281	3315	3381	.	
" " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	4115	4081	4132	4273	4146	4249	4196	4258	.	4270	4228	4259	4431	4302	
" " Belgischen Nationalalb.	" bfrs.	Do	114911	113595	113772	115288	114074	115323	114185	113572	116121	115685	114521	113618	115957	116188	
" " Schweizer	" sfrs.	BSt	5514	5571	5501	5769	.	5695	5782	5906	5821	5774	.	5797	6038	6042	
" " Schwedischen "	" skr.	Mi	5260	5233	5646	5617	.	5383	5461	5755	5492	5396	.	5387	5808	5850	
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	Mi	31660	31754	31825	32057	.	32096	32026	31873	31920	32105	32235	32269	32444	32601	
Geld- und Kapitalmarkt																	
<i>Deutsche Bundesbank</i> 8)																	
Gold	Mill. DM	BSt	10965	11012	11012	11012	.	10880	10924	10905	10904	10904	.	10905	10905	10905	
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	15175	15332	15177	15408	.	11655	11684	11716	11974	12122	.	12456	12538	12766	
Inlandwechsel	"	"	397	511	814	869	.	1064	1269	1136	1552	1476	.	1383	1333	1402	
Kassenkredite 4)	"	"	31	9	25	17	.	11	26	44	28	26	.	10	41	416	
Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung	"	"	2315	2555	2797	2959	.	4648	3940	3454	3521	3840	.	4136	4184	4248	
Einlagen insgesamt	"	"	11947	12940	11088	11298	.	10548	10978	8251	10032	10890	.	12202	9911	10571	
darunter: von Kreditinstituten 5)	"	"	6850	7497	6590	7378	.	7414	7469	6204	8139	7953	.	8728	7519	8871	
von öffentlichen Einlegern	"	"	4913	5247	4303	3736	.	2934	3288	1829	1691	2732	.	3256	2161	1454	
<i>Halbmonatliche Bankenstatistik</i> 6)																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken . .	"	"	23001	.	23369	.	.	22799	.	23675	.	23578	
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private	"	"	18566	.	18821	.	.	19944	.	19901	.	19847	
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	"	4435	.	4547	.	.	2856	.	3774	.	3731	
Einlagen von Nichtbanken	"	"	45405	.	45418	.	.	52089	.	52186	.	52847	
darunter Spareinlagen	"	"	18159	.	18222	.	.	22066	.	22268	.	22392	
<i>Bank von England</i>																	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	2046,5	2046,5	2096,5	2096,5	2146,5	2121,8	2122,0	2122,0	2172,0	2172,0	2172,0	2222,0	2272,0	2272,0	
Forderungen der Bankabteilung	"	"	309,1	314,5	283,6	295,6	276,9	337,0	344,3	344,1	307,5	294,8	303,8	316,4	283,9	258,9	
Einlagen	"	"	315,2	316,8	322,6	300,4	288,6	336,7	348,7	345,6	346,1	326,4	329,9	331,2	299,4	297,7	
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																	
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	52004	53327	53152	52169	52595	53546	53696	53061	
darunter: Goldzertifikate	"	"	19198	19176	19109	21218	21226	18245	18245	18242	
Regierungspapiere	"	"	25445	25448	25795	23778	23872	26563	26364	26364	
Einlagen insgesamt	"	"	18897	19718	19957	19642	20059	19165	19714	19581	
darunter: Regierungseinlagen	"	"	496	391	476	244	333	437	503	536	
<i>Zinssätze</i>																	
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	2 3/4-3 5/8	2 5/8	2 5/8	1 1/2-3	2 1/4-3	2 5/8-3 3/8	2 5/8-3 1/4	2 5/8-3 3/8	2 3/4	2 5/8-3 3/8	2 5/8-3 3/8	1 3/8	2 5/8-3 3/8	2 5/8-3	
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	4 1/2-5 1/4	4 1/2-5 1/4	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	
<i>Effektenmarkt</i>																	
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin	vH	BSt	101,40	101,40	101,41	101,39	.	105,06	104,37	104,29	104,31	104,31	.	104,31	104,24	104,17	
4 1/2%ige RM-Wertpapiere, auf DM 7)	"	"	105,70	105,85	105,94	105,95	.	113,26	112,22	112,31	112,24	112,30	.	112,34	112,22	112,12	
5 1/2%ige DM-Pfandbriefe 7)	"	"	105,38	105,51	105,52	105,57	.	112,98	112,29	112,19	112,19	112,19	.	112,19	112,18	112,15	
6 1/2%ige DM-Komm.-Obligationen 7)	"	"	100,18	101,15	101,18	101,30	.	100,83	100,30	99,80	99,68	99,60	.	99,63	99,58	99,50	
8 1/2%ige DM-Industrieobligationen	"	"	105,00	104,71	104,95	104,85	.	103,90	103,80	103,83	103,75	104,00	.	103,88	103,58	103,43	
Aktienindex, Westdeutschland 9)	31. Dez. 54 = 100	Fr	191,0	183,4	183,9	179,0	182,7	322,0	329,8	341,2	357,2	368,1	368,6	358,9	381,9	387,4	
Aktienindex, Großbritannien 10)	1.7. 1935 = 100	Fr	212,3	213,4	213,7	212,7	215,7	289,7	294,5	302,4	296,2	308,8	301,4	304,9	305,6	314,7	
Aktienindex, USA 11)	\$ je Stück	Fr	564,7	559,6	557,5	556,8	562,3	643,2	633,7	646,6	650,9	641,7	645,5	652,5	664,0	670,5	
Wechselkurse																	
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	102,55	102,34	102,38	102,38	.	103,88	103,95	104,20	104,00	103,98	.	104,10	104,15	103,75	
" " " " New York	\$ je 100 DM	"	23,82	23,80	23,82	23,80	.	23,84	23,84	23,84	23,89	23,89	.	23,89	23,89	23,89	
" " " " Paris	frs. je 100 DM	"	100,75	100,75	100,70	100,75	.	117,38	117,55	117,66	117,63	117,62	.	117,59	117,58	117,56	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	Fr	4,22	4,03	3,88	3,79	3,74	4,05	4,05	4,03	4,01	4,05	4,03	4,03	4,03	4,03	
Weltrohstoffpreise																	
<i>Indizes</i>																	
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	398,0	395,9	395,5	392,5	390,3	379,0	382,4	390,4	384,5	388,4	380,1	378,7	376,2	375,1	
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100	"	421,4	422,6	419,4	417,0	415,8	428,7	429,1	430,4	429,7	430,9	430,3	427,7	429,8	431,6	
DIW-Index 12)	1938 = 100	Mi	288,7	288,8	286,8	285,8	284,0	284,9	286,9	289,1	288,9	288,0	287,8	285,2	285,4	285,9	
dar. Nahrung- und Genussmittel	"	"	297,9	299,9	297,4	297,5	294,2	277,3	280,0	280,1	279,1	277,7	275,2	271,2	270,2	270,3	
Textilrohstoffe	"	"	319,7	319,0	318,0	316,6	315,3	323,4	322,4	322,3	323,3	320,8	320,6	325,8	326,7	326,7	
Metalle	"	"	267,1	265,5	259,8	257,7	258,2	268,3	272,4	276,2	276,2	276,8	277,3	272,5	272,1	271,6	
<i>Preise</i>																	
Weizen, hardw. II, loco, New York . . .	cts je 60 lbs	"	247,50	247,00	246,75	247,88	246,75	254,88	255,37	257,00	255,50	254,25	255,00	255,63	256,63	254,25	
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb	"	45,13	43,50	43,00	42,75	41,00	34,50	35,50	36,25	36,38	37,00	37,00	36,50	36,50	36,25	
Wolle, Kammz., Cr. 48 s, loco, Bradford	d je lb	"	62,00	63,00	63,00	64,00	64,00	79,00	78,00	78,00	78,00	78,00	78,00	79,00	80,00	80,00	
Baumwolle, middl. 15/16, loco, New York	cts je lb	"	36,30	36,20	36,10	35,85	35,75	32,75	32,75	32,70	32,70	32,70	32,85	32,85	32,85	32,85	
Kupfer, Elektrolyt, p. Kasse, London . .	£ je lg.t.	"	247,														